

# Landtagswahl 2022

## Wahlprüfsteine – Antworten der Parteien

### Thema Wohnen

**Wie wollen Sie in ausreichendem Maß für bezahlbaren Wohnraum sorgen – auch für Menschen mit Behinderungen, Familien oder geflüchtete Menschen?**

#### **CDU**

In der zurückliegenden Legislaturperiode haben wir über eine Milliarde Euro für mehr Wohnraum in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt – das ist ein Rekord. Diese Wohnraumoffensive werden wir fortführen, damit auch zukünftig jährlich deutlich mehr als 10.000 neue Wohnungen entstehen. Dabei werden wir das Sonderprogramm der sozialen Wohnraumförderung für besondere Bedarfsgruppen - Frauen aus Frauenhäusern sowie von Armut und Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte – fortschreiben. Mehr bezahlbaren Wohnraum werden wir zudem durch die Verlängerung oder den Erwerb von Belegbindungen in Bestandsgebäuden sicherstellen. Außerdem setzen wir uns im Bund für eine weitere Erhöhung des Wohngeldes ein und starten eine Initiative zur konsequenten Ahndung von Mietwucher im Wirtschaftsstrafrecht.

#### **FDP**

Für uns ist wichtig, dass Wohnraum für jeden Menschen bezahlbar ist. Die soziale Wohnraumförderung leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgung und muss daher genau wie die Zuschussförderung des Landes fortgeführt werden. Zudem sehen wir im regional differenzierten Wohngeld eine zielgenaue Unterstützung für Bedürftige. Der Schlüssel für mehr bezahlbaren – auch barrierefreien – Wohnraum liegt vor allem im Bau von mehr Wohnungen. Daher wollen wir die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zügig so verbessern, dass schnellstmöglich mehr gebaut und der Preisdruck so reduziert wird. Markteingriffe wie die Mietpreisbremse lösen die bestehenden Probleme hingegen nicht. Sie verhindern vielmehr Investitionen und verschärfen so die bestehenden Probleme, weshalb wir derartige Eingriffe ablehnen.

#### **SSW**

Längst nicht jede oder jeder kann sich Wohnraum leisten. Das ist ein Problem. Deshalb setzen wir uns dafür ein, mehr Unterstützungsleistungen für die Kommunen aufzubauen, um mehr sozialen Wohnraum zu schaffen. Hier muss das Land eindeutig nachbessern. Diese Position haben wir in dieser Wahlperiode vertreten und dafür

wollen wir uns auch nach dem 8. Mai 2022 einsetzen. Zur Entspannung am Wohnungsmarkt haben wir beispielsweise im Landtag vorgeschlagen, ein Wohnraumschutzgesetz einzuführen. Jamaika hat das abgelehnt. Dann haben wir vorgeschlagen, doch wieder die Möglichkeit zu schaffen, eine Fehlbelegungsabgabe erheben zu können. Auch dies wurde abgelehnt. Darüber hinaus wünschen wir uns, dass Wohnungsbau-Genossenschaften vermehrt unterstützt werden und dass wir eine Mietpreisbremse in Schleswig-Holstein einführen. Ferner wollen wir Konzepte aus Skandinavien umsetzen, um Wohnungslosigkeit effektiver bekämpfen zu können. Es braucht schlichtweg ein Nachbessern in vielen Bereichen, um auch den Bedarf von Geflüchteten oder Menschen mit Behinderungen zu decken.

### **SPD**

Unser Ziel ist, allen Schleswig-Holsteiner\*innen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Durch Neubau und Sanierung müssen jährlich alleine mindestens 4.000 sozial gebundene Wohnungen entstehen. Unser Ziel ist es, dass wir in Schleswig-Holstein langfristig wieder 120.000 geförderte Wohnungen haben. Eine Erhöhung der Baukostenzuschüsse im sozialen Wohnungsbau ist deshalb notwendig. Wir wollen, dass die Kommunen wirkungsvoll auf den lokalen Wohnungsmarkt einwirken und Bedarfe gezielt selbst decken können. Wir werden deshalb kommunale Wohnungsbaugesellschaften fördern und eine Landesinfrastrukturgesellschaft aufbauen, die hilft, Flächen für den Wohnungsbau zu erschließen. Junge Familien werden wir durch eine Absenkung der Grunderwerbsteuer bei Ersterwerb den Weg zum Eigenheim erleichtern. Wir werden Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung wieder einführen und den Mietenanstieg begrenzen. Darüber hinaus muss die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch Anwendung des sogenannten Umwandlungsstopps erschwert werden. Wir verweisen darüber hinaus auf das Positionspapier der SPD Landtagsfraktion „Wohnen ist Daseinsvorsorge“ unter <https://www.spd-fraktion-sh.de/downloads/wohnen-ist-daseinsvorsorge/>

### **Grüne**

Wir werden einen Runden Tisch mit Vertreter\*innen der Wohnungswirtschaft, von Vermieter-, Mieter- und Wohlfahrtsverbänden, aber auch Selbsthilfeorganisationen einrichten, um die Probleme auf dem Wohnungsmarkt anzugehen. Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung werden wir wieder einführen und eine Landeswohnungsbaugesellschaft gründen, die Wohnraum ankaufen, sanieren und zu erschwinglichen Mieten anbieten wird. Ein Kompetenzzentrum soll Kommunen bei der Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften unterstützen und die Wettbewerbsgleichheit zwischen Kommunen und privaten Investor\*innen fördern. Kommunen sollen Grundstücke, Baulanderschließungen oder Immobilien nicht nur für sozialen, sondern auch genossenschaftlichen Wohnungsbau erwerben können und Einnahmen aus der Vermietung zur Finanzierung neuer Projekte verwenden können. Auch werden wir unsere Vorkaufsrechte aktiv nutzen und (auch hoch verschuldete) Kommunen durch Zuschüsse dazu befähigen.

## **Thema Teilhabe**

### **Wie wollen Sie in Schleswig-Holstein barrierearme Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung fördern?**

#### **CDU**

Wir wollen Barrierefreiheit in allen Bereichen in Schleswig-Holstein fördern. Eine volle und wirksame Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsplatz kann nur gelingen, wenn Barrieren abgebaut werden. Daher wollen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit Behinderung. Dafür müssen wir auch die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter verbessern. Damit wir dieses Ziel erreichen, wollen wir die Einrichtung einer Enquetekommission „Berufliche Bildung und Arbeit für alle Menschen mit Behinderungen“ prüfen. Außerdem wollen wir mit Unterstützung des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung (SHIBB) ein inklusives Berufsbildungssystem etablieren. Auch sollen aus dem Fonds für Barrierefreiheit weiterhin Projekte gefördert werden. Dazu können auch Initiativen für barrierearme Arbeitsplätze gehören.

#### **FDP**

Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Auch der Zugang zu allen Bildungsinhalten und damit auch die Möglichkeit, sich eigenständig und unabhängig einzubringen, ist unerlässlich, um die Zukunftschancen aller Menschen positiv zu gestalten. Wir Freie Demokraten unterstützen daher sämtliche Maßnahmen, die allen Menschen eine selbstbestimmte Teilhabe am Arbeitsmarkt und einer Erwerbstätigkeit ermöglichen. Wir wollen die dringend benötigte Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs vorantreiben und die Barrierefreiheit in den Transportmitteln ausbauen, um auch den Weg zur Arbeit barrierefrei zu gestalten. Damit dies schnell umgesetzt werden kann, müssen wir bürokratische Vorgänge vereinfachen. Auch wollen wir den Arbeitgebern vor Ort, auch in Zusammenarbeit mit Handwerkskammern und den Verbänden, aufzeigen, wie Arbeitsplätze in den Betrieben barrierefreier gestaltet werden können.

#### **SSW**

Wir sind fest davon überzeugt, dass Inklusion auch und gerade am Arbeitsmarkt sowohl für Menschen mit Handicap wie für die Arbeitgeber:innen Vorteile bringt. Leider sind die Vorbehalte an mancher Stelle aber bis heute so groß, dass es mitunter nicht ohne Zwang oder Druck geht. Das bedauern wir vom SSW sehr. Auch deshalb muss durch uns Politiker:innen aber auch durch die Arbeitsverwaltungen, die Industrie- und Handelskammern oder auf Jobmessen noch viel stärker für das Thema Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert werden. Wir fordern mehr Möglichkeiten für einen „sicheren“ Austausch; beispielsweise durch Praktika. Wir wollen, dass mehr Arbeitgeber:innen sich ein Bild davon machen können, welchen Mehrwert und welche Vielfalt Menschen mit Behinderungen für ein Unternehmen bringen. Deshalb ist es wichtig, dass die vielen positiven Beispiele, die es hier gibt, viel stärker in den Vordergrund rücken. Hierfür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.

#### **SPD**

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben. Wir wollen die Potenziale der Menschen mit Behinderung für den Arbeitsmarkt erschließen. Um mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu schaffen, braucht es mehr Ausbildungsplätze alternativ zur Werkstatt, eine gezielte Qualifikation der Betroffenen und eine Unterstützung der Arbeitgeber\*innen. Dafür wollen wir die einheitlichen

Ansprechstellen für Unternehmen weiterentwickeln, um beispielsweise Behörden-gänge zu erledigen. Ziel ist, wo immer es möglich ist, Teilhabe auf dem ersten Arbeitsmarkt. Noch immer sind zu wenige Menschen mit Behinderung in den Unternehmen unseres Landes beschäftigt. Unser Ziel ist es daher, die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung weiter zu erhöhen.

Des Weiteren müssen die Arbeit von Integrationsbetrieben unterstützt und das Budget für Arbeit und für Ausbildung gestärkt werden. So können Menschen im Arbeitsprozess noch bessere individuelle Unterstützung erhalten.

Wir unterstützen die Bundesregierung zudem bei der Einführung einer vierten Stufe der Ausgleichsabgabe. Damit wird der Druck auf Unternehmen erhöht.

### **Grüne**

Das Land soll in seiner Rolle als Arbeitgeber als Vorbild fungieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der Mindestlohn und Arbeitnehmer\*innenstatus auch für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen gilt. Wir setzen auf einen engen Austausch mit der Koalition im Bund, um langfristige Maßnahmen für eine alternative Ausgestaltung von Werkstätten und Tagesförderstätten gemeinsam mit den dort Beschäftigten zu erarbeiten. Außerdem soll es für Unternehmen keine Möglichkeit mehr geben, Ausgleichsabgaben zu reduzieren, indem Aufträge an WfbM vergeben werden. Das Budget für Arbeit sehen wir als gutes Mittel an, um den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dafür müssen alle Berechtigten ausreichend über das Angebot informiert und bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz unterstützt werden. Wir möchten Modellregionen einführen, in denen die intensive Begleitung und Bewerbung des Budgets für Arbeit durch neutrale Ansprechpersonen des Integrationsfachdienstes erfolgt.

### **Thema Pflege**

#### **Was planen Sie, um die Tätigkeit in der Pflege attraktiver zu machen?**

#### **CDU**

Der Pflegeberuf muss attraktiver werden. Dafür machen wir uns stark. Wir wollen, dass die Verdienstmöglichkeiten dieser sehr anspruchsvollen und körperlich fordernden Arbeit gerecht werden. Die wohnortnahe Pflegeausbildung wollen wir stärken dazu bei Bedarf weitere Pflegefachschulen einrichten. Außerdem setzen wir uns für attraktive Rückkehrprogramme, die Bereitstellung von Assistenz- und Unterstützungssystemen und die Steigerung der Ausbildungszahlen in der Kranken- und Altenpflege ein. Nach unserer Vorstellung soll eine unbürokratische Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen in diesem Bereich möglich werden.

#### **FDP**

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen attraktiv und wettbewerbsfähig sein, sodass Menschen gerne und langfristig in diesem Bereich arbeiten. Wir haben mit der Schulgeldfreiheit bei den Gesundheitsfachberufen und der Schaffung eines Pflege-Stipendiums bereits wichtige Weichen gestellt. Die Anzahl geförderter Ausbildungsplätze wollen wir noch weiter ausbauen. Zudem setzen wir uns für einen zweiten Standort im Land für ein Pflegestudium ein und wollen auch neue Berufsbilder stärken, wie z.B. den Physician Assistant. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Evaluierung und Anpassung der Personalschlüssel ein, sodass die Arbeit in Krankenhäusern und Heimen auch langfristig bewältigt werden kann. Wir sehen zudem

die Notwendigkeit einer attraktiven Bezahlung in der Pflege. Wir werden uns daher auf Bundesebene für einen Handlungsrahmen einsetzen, dass bei Vergütungsverhandlungen künftig auch die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Pflege berücksichtigt wird.

### **SSW**

Nicht erst seit der Pandemie ist die Arbeitsbelastung in der Pflege hoch und die Wertschätzung gering. Deshalb haben wir uns nicht nur wiederholt für einen besseren Lohn für diese wertvolle Arbeit eingesetzt, sondern haben u.a. auch eine eigene Strategie des Landes zur Förderung der psychischen Gesundheit von Pflegefachkräften gefordert. Noch dazu haben wir die pflegenden Angehörigen mehrfach in den Fokus gerückt und uns für mehr Kurzzeitpflegeplätze und eine echte Lohnersatzleistung für sie eingesetzt. Leider hat die amtierende Jamaika-Koalition all dies abgelehnt. Deshalb ist für den SSW klar, dass wir diese Forderungen zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs auch als Teil der neuen Landesregierung wieder einbringen werden. Denn eins steht fest: es reicht nicht, wenn wir nur darauf warten, dass der Bund endlich liefert und z.B. für eine verbindlichere Personalbemessung sorgt. Wir müssen auch als Land deutlich mehr tun, um Pflege attraktiver zu machen.

### **SPD**

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, setzen wir auf bessere Arbeitsbedingungen sowie mehr Wertschätzung für die pflegerischen Berufe. Die Reform der Pflegeberufe mit der Einführung einer Ausbildungsvergütung war ein wichtiger Schritt, um die Attraktivität zu verbessern. Nun wollen wir die Ausbildungs- und Studienkapazitäten in den Pflegeberufen bedarfsgerecht anpassen. Wir setzen uns weiter für eine bessere Bezahlung ein. Das wollen wir über eine stärkere Tarifbindung erreichen.

Um die Menschen in den pflegerischen Berufen dauerhaft zu halten, wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern. Hierfür fordern wir schon seit Jahren die Einführung eines Personalbemessungsschlüssels, der sich an den fachlichen Bedarfen orientiert. Mit mehr Personal auf den Stationen werden die Dienstpläne verlässlicher und die Arbeitsbelastung wird reduziert. Des Weiteren braucht es eine spürbare Erhöhung der Zuschläge für ungesunde und familienunfreundliche Schichten, einen Abbau der Bürokratie und die weitere Digitalisierung in der Pflege. Fort- und Weiterbildung müssen sich auch finanziell lohnen.

### **Grüne**

Die hohe Arbeitsbelastung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen hat zu einem enormen Fachkräftemangel in der Pflege geführt. Diejenigen, die jetzt ihre Ausbildung beginnen, benötigen gute Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten. Wer in der Pflege arbeitet, muss die Aussicht haben, sich beruflich weiter qualifizieren zu können und aufzusteigen. Wir möchten, dass Pflegekräfte ohne wirtschaftlichen Druck in ihrem Beruf arbeiten können und wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern, dass sie in ihrem Beruf bleiben. Darüber hinaus wollen wir die Ausbildungskapazitäten erhöhen und moderne Arbeitszeitmodelle fördern.

## **Thema Armut und Bildung**

### **Wie wollen Sie die Teilhabe von Kindern aus benachteiligten Familien an Bildung verbessern und ihnen höhere Schulabschlüsse ermöglichen?**

#### **CDU**

Wir haben das Programm "PerspektivSchulen" geschaffen. Damit unterstützen wir Schulen in besonderen sozialen Lagen. Das Programm ist so erfolgreich, dass es bundesweit ausgeweitet wird. Wir werden es evaluieren und ggf. ausbauen. In der Pandemie konnten wir alle bedürftigen Kinder mit digitalen Endgeräten ausstatten, das werden wir weiter tun. Durch neue zusätzliche Lehrkräfte und 100% Unterrichtsversorgung fällt weniger Unterricht aus.

Wir möchten eine gute Verzahnung des Ganztagsangebotes mit außerschulischen Organisationen sicherstellen. Dazu wollen wir Träger der Jugendhilfe, Partner der außerschulischen Bildung, des Sports und aus dem Vereinswesen mit in den Ganztags einbinden. Zudem wollen wir die Gemeinschaftsschule im Sinne der Chancengerechtigkeit stärken und besser auf die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen ausrichten. Wir werden die Schulsozialarbeit und die Schullassistenz ausbauen. Mit einer Allianz für Lehrkräftebildung wollen wir zusätzliche Lehrkräfte gewinnen.

#### **FDP**

Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung und individuelle Bildungschancen. Dabei dürfen weder Herkunft, finanzielle Gründe, Religion oder Geschlecht über die Bildungschancen im Leben entscheiden. Die FDP Schleswig-Holstein will ein Bildungssystem, das allen Menschen einen gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht und in dem Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft gefördert und gefordert werden. Wir Freie Demokraten wollen unsere Schulen stärken – denn hier wird der Grundstein für den Bildungserfolg gelegt. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, damit Unterricht verlässlich erteilt werden kann, so z.B. durch zusätzliche Anstrengungen bei der Schulsozialarbeit. Auch wollen wir dafür sorgen, dass alle Schüler als Teil der Lernmittelfreiheit Endgeräte erhalten, um somit auch Schulbücher, wo es sinnvoll ist, sukzessiv durch digitale Medien zu ersetzen. Auch den Ausbau der Ganztagsbetreuung sehen wir als wichtigen Schritt, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Dort wollen wir den Ausbau von Jugend- und Schulsozialarbeit bedarfsgerecht weiter vorantreiben. Dazu braucht es eine bessere finanzielle Ausstattung der Ganztagschulen. Mittelfristig wollen wir eine Ausweitung der Ganztagsangebote auch auf andere Schularten, beginnend mit den Klassen 5 bis 10, vornehmen und an den Ganztagschulen den Ausbau von Jugend- und Schulsozialarbeit bedarfsgerecht weiter vorantreiben.

#### **SSW**

Auch vor dem Hintergrund unserer skandinavischen Prägung ist es für den SSW eines der wichtigsten Ziele, echte Chancengerechtigkeit in der Bildung zu erreichen. Der Schlüssel dafür, das soziale Erbe zu durchbrechen, liegt in der frühkindlichen Bildung. Hier müssen endlich alle Kinder, und damit auch jene aus benachteiligten Familien und jene mit Handicap, zu ihrem Recht auf gute Bildung und Förderung kommen. Außerdem bleibt es das klare bildungspolitische Ziel des SSW, dass wirklich alle Bildungsangebote für unsere Kinder und Jugendlichen kostenfrei sind. Dem Zugang zu Bildung dürfen keine finanziellen Hindernisse entgegenstehen. Deshalb werden wir auch gegenüber dem Bund dafür kämpfen, dass nicht nur die eigenständige Kindergrundsicherung kommt. Sondern wir setzen uns auch dafür ein, dass das Bildungs- und Teilhabepaket dynamisiert und wirklich auskömmlich gestaltet wird. Und wir setzen uns vehement für eine ausfinanzierte Ganztagsoffensive ein, die auch das Mittagessen beinhaltet.

## **SPD**

In den nächsten Jahren müssen wir die Folgen der Corona-Pandemie bewältigen. Im Distanzunterricht sind die sozialen Ungleichheiten verschärft wirksam geworden. Das Land hat zu spät und auch nur mit Hilfe des Bundes dafür gesorgt, dass den Schüler\*innen aus ärmeren Elternhäusern ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt wurde. Die SPD wird dafür sorgen, dass allen Schüler\*innen ab der 8. Klasse ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt wird. Der Ausbau der Ganztagsangebote und der gebundenen Ganztagschulen wird neben Digitalisierung und Inklusion ein Schwerpunkt der nächsten fünf Jahre sein. Mit dem Programm „Schule der Zukunft.SH“ wollen wir durch die Neugestaltung vorhandener und den Bau neuer Schulen diese von Lernorten zu Lebensorten machen. Schleswig-Holstein gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Inklusionsquote. Es geht jetzt vorrangig darum, die Inklusion in ihrer Qualität zu verbessern. Inklusion von Kindern mit Behinderung ist eine Aufgabe aller Schulen, nicht nur der Grund- und Gemeinschaftsschulen, ebenso wie die Inklusion Hochbegabter nicht auf die Gymnasien begrenzt werden darf.

## **Grüne**

Bildungsgerechtigkeit ist uns sehr wichtig. Zur Unterstützung von Schulen, die sich in einem besonders herausfordernden sozialen Umfeld befinden, haben wir deshalb 2019 das PerspektivSchul-Programm initiiert. Mit diesem Programm erhalten Schulen einen „Bildungsbonus“, der vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebensschwernissen Rückenwind gibt. Wir wollen dieses Programm ausbauen und stärken. Wir werden uns für die Entwicklung eines regelmäßig zu aktualisierenden Sozialindex einsetzen, um die Mittel bedarfsgerecht auf die Schulen zu verteilen. Auch aus dem Startchancen-Programm des Bundes erhoffen wir uns weiteren Rückenwind. Um die digitale Teilhabe von Kindern aus benachteiligten Familien zu verbessern, haben wir in den letzten zwei Jahren als Land die Mittel für die Anschaffung von rund 70.000 digitalen Endgeräten (Laptops und Tablets) für bedürftige Schüler\*innen zur Verfügung gestellt.

## **Thema Armut**

**Welche Maßnahmen wollen Sie treffen, um der steigenden Armutsquote in Schleswig-Holstein entgegen zu wirken?**

## **CDU**

Armut ist ein grundlegendes gesellschaftliches Problem und es betrifft alle. Trotz vieler gezielter Maßnahmen bleibt Armut eine ernste Herausforderung. Wir haben mit Initiativen wie „Kein Kind ohne Mahlzeit“ sichergestellt, dass Kinder aus einkommensschwachen Haushalten täglich ein kostenfreies, gesundes und warmes Mittagessen bekommen. Als CDU Schleswig-Holstein wollen wir auch weiterhin verschiedene unterstützende Maßnahmen und Förderungen auf den Weg bringen, um den armutsbetroffenen Menschen zu helfen. Dazu gehören die Ausweitung der Mittel für Armutsbekämpfung, einen dauerhaften Fonds für soziale Härte und die Unterstüt-

zung der ehrenamtlichen Arbeit der Tafel. Hinzukommend wollen wir die Wohnvermittlung für Wohnungslose vereinfachen und ausbauen. Auch setzen wir uns dafür ein, dass die Armutsberichterstattung des Landes überprüft wird.

### **FDP**

Armut betrifft nach wie vor zu viele Menschen und Haushalte. Besonders der Kinderarmut müssen wir gesamtstaatlich begegnen: Bund, Land und Kommunen müssen ein Hauptaugenmerk auf die Behebung von Armut bei Kindern und Jugendlichen legen. Denn hier sind die Auswirkungen am gravierendsten, wenn bereits zu Beginn die Lebenschancen durch Armut eingeschränkt werden.

Finanzielle Stabilität ist für die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens im Alter wichtig. Doch immer mehr Menschen können von ihrer Rente allein nicht mehr leben. Wir wollen deshalb mit der bundesweiten Einführung der „Basis-Rente“ gegen Altersarmut vorgehen. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss auch im Alter davon leben können. Armut ist oft ein Katalysator für gesellschaftliche Isolation. Wir fordern, dass die Preise für Kultur- und Versorgungsangebote laufend an die Bedürfnisse der Senioren angepasst werden, damit niemand aus finanziellen Gründen von der Gesellschaft ausgeschlossen wird.

### **SSW**

Dass über 50 Prozent der Erwerbslosen und deutlich über 40 Prozent der Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein von Armut bedroht sind, ist schlicht beschämend. Gleiches gilt für die Tatsache, dass vor allem Frauen und kinderreiche Familien von Armut betroffen sind, und dass bei uns über 60.000 Kinder in Armut leben oder es fürchten müssen. Aus Sicht des SSW sind die Einkommen durchschnittlich zu gering und die Sozialleistungen orientieren sich leider an diesem Niedrigniveau. Deshalb fordern wir einen Mindestlohn, der zum Leben reicht und vor Armut schützt. Außerdem muss im Mindestlohngesetz der Schutz vor Armut als Ziel definiert werden. Noch dazu fordern wir eine sozial gerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersvorsorge, um Altersarmut zu verhindern. Und es müssen alle Leistungen und Fördermöglichkeiten, die Armut und insbesondere Kinderarmut entgegenwirken, zusammengefasst und die bürokratischen Hürden für Familien abgebaut werden.

### **SPD**

Die Bekämpfung von Armut braucht verschiedene Maßnahmen.

1. Tariflöhne und ein Mindestlohn von 12 Euro ab Oktober 2022 schützen vor Armut.
2. Um der Altersarmut besonders von Frauen entgegenzuwirken, werden wir die Erwerbstätigkeit von Frauen durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und die Abschaffung der Kita-Gebühren unterstützen.
3. Wir unterstützen die Bundesregierung bei der Einführung einer Kindergrundsicherung. Damit soll allen Kindern auch eine digitale Teilhabe ermöglicht werden.
4. Für gleiche Bildungschancen werden wir Ganztagsangebote und gebundene Ganztagschulen erheblich ausweiten. Wir wollen die Eltern von Kosten entlasten, die durch den Schulbesuch ihrer Kinder entstehen, digitale Endgeräte ab der 8. Klasse für alle Schüler\*innen zur Verfügung stellen und die Schülerbeförderungskosten abschaffen.



5. Wir führen die Mietpreisbremse wieder ein und begrenzen so einen weiteren Mietenanstieg. Wir sorgen für bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen.

6. Im Rahmen eines Landesaktionsplans werden wir die Kommunen bei der Armutsbekämpfung unterstützen. Wir werden regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Schleswig-Holstein vorlegen. Dabei richten wir den besonderen Fokus auf die Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut.

7. Wir setzen uns für einen bezahlbaren ÖPNV ein. Unser langfristiges Ziel ist, dass insbesondere Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen Bus und Bahn kostenfrei nutzen können.

### **Grüne**

Wir möchten die Ursachen von Armut bekämpfen und staatliche Maßnahmen mit individualisierten Beratungs- und Begleitprojekten ergänzen. Die Schulden- und Insolvenzberatung werden wir ausbauen und ein flächendeckendes Angebot zur Stromkostenberatung schaffen. Stromsperren wollen wir bundesweit abschaffen.

Wir verfolgen einen grundsätzlichen Ansatz und haben gute Arbeitsplätze mit angemessener Bezahlung zum Ziel. Die vom Bund angekündigte Einführung des Bürgergelds begrüßen wir. Wir werden die durch unbezahlte Care-Arbeit bedingten Einkommens- und Rentenlücken in den Blick nehmen und uns für die Verbesserung strukturell bedingter Armut einsetzen. Aufträge des Landes möchten wir im Sinne des Community Wealth Building-Ansatzes in der Region vergeben und damit gute Arbeitsplätze vor Ort schaffen. Gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Jobcentern werden wir eine detaillierte Berichterstattung über die soziale Lage im Land entwickeln.

### **Thema Migration und Flucht**

**Wie wollen Sie die Integration von geflüchteten Menschen weiter voranbringen?**

#### **CDU**

Als Christdemokraten bekennen wir uns zu unserer humanitären Verantwortung, Schutzbedürftige aufzunehmen und diese in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Dabei findet Integration vor Ort in den Gemeinden und Städten statt. Deswegen werden wir die Weiterentwicklung und Umsetzung kommunaler Integrationsangebote unterstützen, zusammenführen und verstetigen. Durch mehr gezielte Sprach- und Integrationsangebote wollen wir insbesondere Frauen besser erreichen und durch Bildungsangebote junge Zugewanderte in der Kita, in der Schule und im Beruf weiter stärken. Wir wollen der Bildung von neuen Sozialbrennpunkten vorbeugen, indem wir Asylberechtigte nicht nur zentralisiert langfristig unterbringen, sondern ihnen schnellstmöglich landesweit Wohnmöglichkeiten zuweisen.

Weiterhin begrüßen wir es ausdrücklich, wenn sich Ausländerinnen und Ausländer um ihre Einbürgerung bemühen. Für die Verleihung der Staatsbürgerschaft werden wir landesweit Einbürgerungsfeiern in angemessenen Rahmen schaffen.

**FDP**

Wir Freie Demokraten setzen uns in allen Lebensbereichen für eine freiheitliche und moderne Gesellschaft ein. Religiöse oder ethnische Hintergründe von Menschen sollen keine Rolle dabei spielen, wie sich individuelle Biografien in Schleswig-Holstein entwickeln können. Wir setzen uns für ein tolerantes und weltoffenes Miteinander ein. Jeder soll auf Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Werte und Gesetze die Möglichkeit haben, sich in die Gesellschaft einzubringen und zu integrieren. Deshalb werden wir die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern, Integrationsprojekte (auch im Sport) fördern, ausländische Abschlüsse mindestens teilanerkennen, uns mit Möglichkeiten zur Annahme einer doppelten Staatsbürgerschaft auseinandersetzen und dafür sorgen, dass frühestmöglich mit Integrations- und Sprachkursen begonnen werden kann. Um das zu erreichen, werden wir die Kommunen finanziell unterstützen und auch ehrenamtliche Integrationsprojekte angemessen fördern und deren Finanzierung sichern.

**SSW**

Auf der politischen Ebene stehen drei strukturelle Veränderungen an. Erstens, das Einrichten eines Landesintegrationsministeriums zur Bündelung der Kompetenzen und Ressourcen. Zweitens, die Reform des Integrations- und Teilhabegesetzes, hin zu einem Gesetz, das über mutlose Kompromisse hinausgeht und wirklich die Integrationsstrukturen stärkt. Drittens, die Kommunen ermutigen, flächendeckend Integrationsbeiräte einzurichten, die vor Ort als Ansprechstelle und Bindeglied dienen. Konkret braucht es für eine gelungene Integration jetzt folgende Maßnahmen: die bessere Anerkennung ausländischer Berufs- und Studienabschlüsse, eine unbürokratische Arbeitsvermittlung, kostenfreien Zugang zu Bildungsangeboten und unabhängig von Aufenthaltsstatus und Alter, sowie den bedarfsgerechten Ausbau dieser Strukturen, einen Rechtsanspruch auf niedrigschwellige Hilfen wie Migrationssozialberatung, Hilfe durch Traumapädagog:innen und psychologische Unterstützung und freien Zugang zu Gesundheitsleistungen.

**SPD**

Wir wollen Integrationskurse neu strukturieren und werden dafür in den durch den Bund finanzierten Integrations- und Berufssprachkursen Plätze für diejenigen finanzieren, die nach den Regeln des Bundes keinen Anspruch auf Teilnahme haben. Wir wollen in enger Arbeit mit den Trägern die Strukturen der Integrationskurse in den ländlichen Räumen stärken. Damit verhindern wir, dass Menschen, die zu uns gekommen und motiviert sind, die deutsche Sprache zu lernen, monatelang ausgebremst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Online-Angebote für Integrationskurse stattfinden. Das Land soll die Kommunen bei ihren Integrationsbestrebungen aktiv unterstützen. Wir werden aufgrund der aktuellen Situation die Maßnahmen zu Koordination der Integrationsangebote vor Ort aus dem Flüchtlingspakt der Küstenkoalition von 2016 wieder aktivieren.

Wir wollen den Anteil von Menschen mit interkulturellem und Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst stärker fördern. Wir werden den Diversity-Plan Integration für Schleswig-Holstein wiederaufnehmen und klare Ziele und Maßnahmen umsetzen für eine Erhöhung des Anteils von Menschen mit interkulturellem und Migrationshintergrund bis 2030 im öffentlichen Dienst des Landes. Wir wollen eine transparente und motivierende Kampagne für mehr Einbürgerungen.

## **Grüne**

Menschen, die hier ankommen, sind ab dem ersten Tag Teil unserer Gesellschaft. Das bedeutet vor allem, den Aufenthalt in Landesunterkünften spürbar zu verkürzen. Kettenduldungen und Arbeitsverbote, die eine Teilhabe an gesellschaftlichem Leben verhindern, lehnen wir ab. Den Kindern, die ankommen, wollen wir ab Tag eins die Möglichkeit geben, Kita und Schule zu besuchen. Jugendliche und Erwachsene wollen wir bei ihrem Schulabschluss unterstützen. Die Einführung einer behördenunabhängigen Rechtsberatung soll den Menschen vollständige Informationen über ihre aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten geben. Wir wollen das neu geschaffene Integrationsgesetz dahingehend weiterentwickeln und besonders migrantische Selbstorganisationen finanziell unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen ab 16 Jahren, die hier dauerhaft wohnen, wählen dürfen.

## **Thema Kinder- und Jugendhilfe**

**Wie wollen Sie den Fachkräftebedarf in der Kinder- und Jugendhilfe dauerhaft decken?**

### **CDU**

Damit Kinder und Jugendliche Unterstützung erhalten und gefördert werden, ist qualifiziertes und motiviertes Personal erforderlich. Daher wollen wir die Ausbildungs- und Studienangebote ausweiten und dabei gezielt für das Studienfach Sonderpädagogik werben. Außerdem setzen wir uns für attraktivere Arbeitsverträge ein und streben Verbesserungen in der Personalentwicklung an.

Wir setzen uns für eine engere Verzahnung von schulischen Systemen mit der Kinder- und Jugendhilfe ein. Dabei wollen wir die Schulsozialarbeit - bei Anerkennung der professionellen Eigenständigkeit - in Poollösungen mit Schulbegleitung und Schulassistenten integrieren und unter Beteiligung von Bund, Land und Kommunen mittelfristig ausbauen.

### **FDP**

Eines unserer obersten Ziele ist, allen Familien gute Rahmenbedingungen zu bieten und ihnen die nötigen Unterstützungsleistungen zukommen zu lassen. Mit der Umsetzung der SGB VIII-Reform des Bundes steht die Jugendhilfe vor großen Aufgaben. Dabei sind insbesondere die auch von Schleswig-Holstein immer geforderte Stärkung der Heimaufsicht und Umsetzung der sog. inklusiven Lösung zu nennen. Land und Kommunen sollen hier gemeinsam an der Umsetzung und den Lösungen im Land arbeiten. Daneben soll ein Ausbau der Kinderschutzzentren ermöglicht werden. Neben der Qualifizierung ist der Fachkräftemangel mittlerweile eine der größten Herausforderungen für viele Branchen, gerade im Sozialbereich. Wir können es uns heute weniger denn je erlauben, Menschen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt zu verlieren. Deshalb werden wir Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote weiter verbessern.

### **SSW**

Wie im gesamten Sozialbereich stehen wir leider auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe vor dem massiven Problem des Fachkräftemangels. Hauptursache liegt nach unserer Auffassung darin, dass diese Arbeit viel zu geringgeschätzt und auch bezahlt wird. Noch dazu steht zu befürchten, dass die Arbeitsbelastung in diesem wichtigen Feld nicht zuletzt in der Folge der Pandemie und durch die aktuelle Krise in der Ukraine steigen wird. Trotz der originären Zuständigkeit der Kommunen sind

wir vom SSW uneingeschränkt dazu bereit, mehr Mittel in die Hand zu nehmen und unsere soziale Infrastruktur insgesamt zu stärken. Und zwar in dem Maße, das nötig ist, um allen Kindern und Jugendlichen bestmöglich zu helfen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass dort wo das Land helfen kann, so schnell wie möglich eine verbesserte finanzielle, und wo immer möglich auch personelle, Ausstattung erfolgt.

### **SPD**

Wir initiieren eine Planung, die den Gesamtbedarf aller in der Jugendhilfe erforderlichen Fachkräfte differenziert nach den verschiedenen Arbeitsfeldern von KiTas, offenen Ganztagschulen über Jugendarbeit bis zu den Hilfen zur Erziehung evaluiert und sichert. Wir werden eine Offensive „Mehr Fachkräfte in die Kitas“ starten, um dem ansteigenden Fachkräftebedarf zu begegnen. Wir unterstützen die SPD-geführte Bundesregierung in der Gesamtstrategie für den Fachkräftebedarf für die Erziehungsberufe mit einer vergüteten Ausbildung als Ziel. Das PiA-Modell (Praxisintegrierte Ausbildung) wollen wir ausbauen. Die SPA-Ausbildung wollen wir zu einer praxisorientierten Ausbildung inklusive Ausbildungsvergütung weiterentwickeln. Insgesamt müssen Ausbildungs-, Schul- und Studienplätze für die sozialen Berufe bedarfsgerecht in Schleswig-Holstein vorhanden sein. Darüber hinaus werden wir die Qualität der Ausbildung und die Rahmenbedingungen der Fachkräfte weiterentwickeln und verbessern, die in den bisher vernachlässigten Arbeitsfeldern der Jugendhilfe im Spannungsfeld von Kinderschutz mit traumatisierten, im Verhalten auffälligen Kindern und Jugendlichen unter zum Teil prekären Bedingungen arbeiten. Die für den strukturellen Kinderschutz notwendigen Fachkräfte müssen nachhaltig qualifiziert und geworben werden.

### **Grüne**

Wir Grüne sehen den Fachkräftebedarf in der Kinder- und Jugendhilfe, wie auch in vielen anderen sozialen Berufen. Hier besteht Handlungsbedarf und werden uns um die Fachkräftegewinnung von der Kita bis zur Pflege kümmern. Für alle diese Berufsfelder gilt es, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, attraktivere Aufstiegs- und Weiterbildungsperspektiven sowie eine faire Bezahlung zu gewährleisten. Die Entlastung bei Verwaltungsaufgaben, der Ansatz multiprofessioneller Teams sowie eine massive Bewerbung der Ausbildung in sozialen Berufe bei Schüler\*innen stehen ebenso auf unserer Agenda. Darüber hinaus werden wir uns für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen sowie die koordinierte Fachkräfteeinwanderung einsetzen.

### **Thema Familienpolitik**

**Was werden Sie unternehmen, um Familien in Schleswig-Holstein zu entlasten?**

### **CDU**

Wir als CDU wollen uns für Familien in Schleswig-Holstein stark machen. Dafür ist eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf erforderlich. Im Öffentlichen Dienst werden wir mit gutem Beispiel bei Flexibilität und familienfreundlichen Arbeitszeiten

vorangehen. Die Elternbeiträge in der Kita werden wir weiter reduzieren. Dabei wollen wir insbesondere Verbesserungen für Familien mit geringem Einkommen und für Familien mit vielen Kindern vorantreiben.

Im Steuerrecht setzen wir uns für eine stärkere Berücksichtigung von Kindern durch Anpassung der Freibeträge und des Kindergeldes ein. Zudem soll der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende weiter erhöht werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Familienzentren und Familienbildungsstätten gestärkt werden. Insbesondere die „Frühen Hilfen“ sowie das Landesprogramm „Schutzengel“ wollen wir ausbauen.

Wir wollen Familien unterstützen, indem wir den Ersterwerb einer selbstgenutzten Immobilie von der Grunderwerbsteuer befreien.

### **FDP**

Familienpolitik ist für uns Politik für alle Formen des familiären Zusammenlebens. Dieses in seiner Vielfalt zu stärken und zu ermöglichen ist für uns ebenso selbstverständlich wie Familie als besonderen Raum zu begreifen, in dem der Staat nur mit aller Umsicht und unter Wahrung der Rechte der Eltern, aber insbesondere auch der Kinder agieren sollte. Wir beabsichtigen die Fortsetzung der erfolgreichen Verzahnung der familienunterstützenden Angebote (Familienbildungsstätten, Familienzentren, frühe Hilfen) und einen noch stärkeren Austausch mit den Angeboten der Jugendhilfe. Die Pandemie hat die Familien extrem gefordert und belastet: Wir planen die Identifikation von Belastungen der Familien in Folge der Corona-Krise und die Schaffung wirksamer Ausgleiche und Hilfsangebote durch zusätzliche Angebote in bestehenden Strukturen, z.B. durch Beratungsmöglichkeiten sowie Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Bei den Kitas ist unser Ziel die vollständige Beitragsfreiheit. Dem müssen wir uns vor dem Hintergrund der herausfordernden Lage der öffentlichen Haushalte schrittweise nähern. Wir setzen dabei auf nachhaltige Entwicklungen und seriöse Planung.

### **SSW**

Es gibt zu viel Klein-Klein und zu hohe Hürden beim Zugang zu familienpolitischen Leistungen. Aus Sicht des SSW brauchen wir die beitragsfreie Kita, den Ausbau der Ganztagsbetreuung und die Kindergrundsicherung daher dringender denn je. Gleichzeitig haben gerade Familien stark unter den Corona-Beschränkungen gelitten. Leider sind längst erhebliche Schäden in den Familien entstanden. Deshalb brauchen sie nicht nur eine Art Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur. Sondern sie brauchen vor allem auch tatkräftige Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie. Deshalb fordern wir ein echtes Erholungs-Programm für Familien, die keine großen finanziellen Spielräume haben. Neben dem Bund kann und muss hier auch das Land seinen Teil beitragen und mehr Familienferien ermöglichen. Und insgesamt muss deutlich mehr investiert werden. Mit besonderem Augenmerk auf bildungsbenachteiligte Familien und diejenigen, die von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen oder geflüchtet sind.

### **SPD**

Familienpolitik ist ein zentrales Politikfeld für die SPD. Die SPD-Landtagsfraktion hat in ihrem Landtagsantrag im März 2022 die Familien in den Mittelpunkt gestellt ([www.landtag.ltsh.de/infoteh/wahl19/drucks/03700/drucksache-19-03738.pdf](http://www.landtag.ltsh.de/infoteh/wahl19/drucks/03700/drucksache-19-03738.pdf))

Wichtigstes Ziel einer sozialdemokratischen Landesregierung ist es, in Schleswig-Holstein die KiTa für alle Familien schrittweise beitragsfrei zu machen. Damit fördern wir einen guten Start für alle Kinder und entlasten die Familien um mehr als 200€ im

Monat. Wir wollen Eltern von Kosten entlasten, die durch den Schulbesuch ihrer Kinder entstehen, und die Schülerbeförderungskosten abschaffen. Wir setzen uns für einen bezahlbaren ÖPNV ein. Auch die neue Vor-Ort-für-dich-Kraft soll den Alltag u.a. von Familien erleichtern. Wir wollen die Digitalisierung nutzen und werden die staatlichen Unterstützungsangebote für Familien in einer App bündeln, sodass Familien schnell und übersichtlich die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

Wir wollen mehr bedarfsgerechten, mietpreisgebundenen Wohnraum für Familien schaffen und die Regelungen für den Mieterschutz, die der Bund den Bundesländern eröffnet, konsequent auch zur Entlastung von Familien in Schleswig-Holstein einsetzen. Zudem werden wir Familien durch eine Absenkung der Grunderwerbsteuer bei Ersterwerb den Weg zum Eigenheim erleichtern.

### **Grüne**

Wir haben in der laufenden Legislaturperiode die Eltern durch die Deckelung der Kita-Gebühren sowie die Einführung einer landesweiten Geschwisterermäßigung deutlich entlastet. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir den Gebührendeckel schrittweise weiter senken, sowie die Geschwisterermäßigung ausweiten. Zusätzlich wollen wir die Sozialstaffel weiter verbessern, damit jedes Kind einfach Zugang zu frühkindlicher Bildung erhält.